

Weniger ist mehr

Unser leistungsorientiertes Schulsystem generiert eine überdurchschnittlich hohe Gymnasialquote (Übertritte ans Gymnasium) und treibt damit die Akademisierung der Gesellschaft weiter an. Jetzt wurden im Eiltempo Massnahmen vom Kanton Basel-Stadt ergriffen, um die Gymnasialquote von 45 auf 35-40 Prozent senken zu können.

Von Michela Seggiani

Mit dem ersten Jahrgang von Schülerinnen und Schülern, der die neue harmonisierte Schullaufbahn durchlaufen hat, zeigt sich, dass die angestrebten Ziele der Schulharmonisierung (HarmoS) nicht erreicht wurden. Zum einen sollte die Berufsbildung gestärkt, zum anderen die Gymnasialquote stabilisiert werden. Stattdessen ist die Gymnasialquote nochmals um neun Prozent gestiegen. Deshalb hat die Leitung des Erziehungsdepartements Massnahmen ergriffen, die per sofort gelten. Neu sind in der Primarschule das erste und zweite Zeugnis der sechsten Klasse massgebend für eine bestimmte Niveauteilung an der Sekundarschule. Mit dem zweiten Zeugnis muss die Zuteilung bestätigt werden. Zudem muss im E- und im P-Zug der Sekundarschule sowie in allen Mittelschulen die Klassendurchschnittsnote zwischen 4 und 5 liegen. Weiter wird die Berufliche Orientierung an der Sekundarschule intensiviert.

Entscheidungen von oben angeordnet

Diese Verschärfungen für den Übertritt von der Primarschule in die Sekundarschule haben für viel Wirbel gesorgt und werden von PolitikerInnen, Lehrpersonen und Eltern stark kritisiert. Auch ich als Gewerkschafterin und Erziehungsrätin kritisiere nicht nur die Massnahmen, sondern vor allem auch, wie es zu diesen gekommen ist. Denn Anpassungen, die eine nachhaltige Wirkung erzielen sollen, müssen mit verschiedenen Interessengruppen diskutiert werden, um konsensfähige Lösungen zu finden. Weder VertreterInnen der Kantonalen Schulkonferenz Basel-Stadt (KSBS) noch der Freiwilligen Schulsynode (FSS) wurden in die Ausarbeitung der Änderungen einbezogen. Ein solches Vorgehen hätte zwar den Prozess verlängert, könnte aber dafür von allen getragen werden. Jetzt gelten neue Massnahmen, die von «oben» angeordnet wurden. Das Erziehungsdepartement hat sie zudem an einer Medienkonferenz bereits bekannt gegeben, bevor sie im Erziehungsrat besprochen wurden. Dieser hat mit knappem Mehrheitsentscheid die Anpassungen nicht zurückgewiesen, die dann durch den Regierungsrat bewilligt wurden.

HarmoS läuft seit drei Jahren und wurde gut eingeführt. Mögliche Regulierungen und Korrekturen



sollten nun nicht zu voreilig vorgenommen werden. So wirken gerade diese Anpassungen wie ein verzweifelter Schnellschuss, um möglichst rasch wieder vorzeigbare Zahlen zu haben. Bei den Anpassungen liegt zudem der Fokus auf der Senkung der Gymnasialquote. Ich hätte es begrüsst, läge der Schwerpunkt auf der Erhöhung der Einsteigenden in die Berufsbildung. Eine Überprüfung der Attraktivität der Lehre wäre dringend notwendig. Dazu braucht es eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kanton und Lehrbetrieben.

Grundlegendes Umdenken erforderlich

Was ich an den Massnahmen vor allem kritisiere, ist, dass sie eine Symptombekämpfung sind. Solange die höchste zu erstrebende Leistung der erfolgreiche Besuch des Gymnasiums und später ein Studium an der Universität ist, müssen wir uns nicht wundern, wenn die Gymnasialquoten steigen und das Ziel von Eltern und Lehrpersonen ist, die Kinder möglichst ins Gymi zu schicken. Denn auch mit den neu geltenden Massnahmen wird das Leistungsprinzip, welches die Gymnasialquoten offensichtlich so sehr in die Höhe treibt, nicht hinterfragt. Hier müsste schleunigst ein Umdenken stattfinden und ein erstrebenswertes Ziel sollte sein, dass die Kinder gemäss ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten eine Schul- und später Berufslaufbahn einschlagen können, die zu ihnen passt.

Dass die Berufliche Orientierung durch die neu geltenden Regelungen intensiviert wird, macht Hoffnung. Denn wenn die Lehre wieder an Wert gewinnt, gewinnt sie auch an Attraktivität. Aber auch hier wird erst ein Umdenken die Lehre (wieder) aufwerten.

Michela Seggiani, Erziehungsrätin und Mitglied des Regionalvorstands vpod basel



Nachbesserungen nötig

Bei der Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes Basel-Stadt werden die Anliegen des Personals bisher ignoriert. Von Kerstin Wenk

Das alte Tagesbetreuungsgesetz Basel-Stadt stammt aus dem Jahr 2003. Der Bedarf ist in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen. Grund genug also, das Gesetz zu überarbeiten. Seit der Vernehmlassungsphase vor zwei Jahren hat die Verwaltung nun intensiv am siebenjährigen Ratschlag gearbeitet. Enttäuschend war dann erst einmal, dass der Ratschlag in den Medien verkündet und gelobt wurde, online aber noch nicht aufgeschaltet war.

Das Departement machte die wichtigsten Änderungen publik: die Gleichbehandlung und finanzielle Entlastung der Eltern. Alle Eltern erhalten zudem zukünftig den gleichen Zugang zu freien Plätzen in den Kindertagesstätten, und sie können sich den Platz ihrer Wahl sogar selber suchen. Die zweite Änderung ist die Gleichbehandlung der Kindertagesstätten. Es gelten gleiche Anforderungen an alle Kitas mit kantonalen Betreuungsbeiträgen. Auch sollen Steuerung und Finanzierung vereinfacht werden. Weiter soll das System über Angebot, Leistung und Preis Transparenz schaffen.

Für einen Teil der Eltern mag der vorliegende Ratschlag Verbesserungen bringen. Auch die bisherigen sogenannten «Mitfinanzierten-Kitas» erhalten nun die gleichen Rahmenbedingungen wie alle subventionierten Kitas. Leider wurden in den Bereichen Lohn, Arbeitsbedingungen, Betreuungsschlüssel und Qualität keine klaren Vorgaben gemacht. Im Ratschlag werden die Löhne branchenüblich definiert und die bisherige Qualität soll beibehalten werden. Damit wird die Petition «Gute Kinderbetreuung braucht gute Arbeitsbedingungen!» praktisch ignoriert. Auch wird den sich ändernden Ansprüchen der Eltern und der Entwicklung der Gesellschaft nicht Rechnung getragen.

Der vpod region basel erwartet nun von der Politik klare Verbesserungen im Bereich Löhne, Betreuungsschlüssel und in der Qualitätsvorgabe. ■

Wahlkampf statt Streik

Obwohl sich in Baselland eine knappe Mehrheit der Staatsangestellten im VPOD für einen Streik ausgesprochen hat, wird das Quorum nicht erreicht. Der VPOD setzt nun auf eine andere politische Zusammensetzung des Landrats.

Von Kerstin Wenk

Nach dem enttäuschenden Landratsentscheid über die Pensionskasse der Staatsangestellten hat der vpod region basel seine Mitglieder zu einem möglichen Streik befragt. Die Mitglieder hatten nach zahlreichen Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen und Sparmassnahmen im Service Public klar signalisiert, dass genug «Heu dunde» ist. Die Urabstimmung zeigte, dass die Wut der Kantonsangestellten nach wie vor gross ist. Mit 52 Prozent hat sich die Mehrheit der betroffenen Mitglieder für einen Streik ausgesprochen. Das nötige Streik-Quorum von einer Zustimmung von 2/3, also 66 Prozent der betroffenen Mitglieder wurde aber leider nicht erreicht.

Das Abstimmungsresultat ist für den vpod region basel die logische Folge der über Jahre praktizierten Zermürbungsarbeit bürgerlicher politischer Mehrheiten in Baselland. Das Kantonspersonal hat das Vertrauen in den bürgerlichen Landrat verloren. Ein Teil der betroffenen Mitglieder hat keine Hoffnung mehr, dass sich die Entscheide in dieser politischen Zusammensetzung im Interesse des Kantonspersonals ändern könnten. Daher ist das Ergebnis ebenfalls ein klarer Auftrag, die politischen Mehrheitsverhältnisse an den Wahlen im März 2019 zu Gunsten eines starken Service Public zu verschieben. Dazu wird der vpod region basel Aktionen mit den Kantonsangestellten und für die Öffentlichkeit machen.

Mit der Kampagne «die kleine Geschichte des grossen Abbaus im Service Public in Baselland» wollen wir einerseits die aktuellen politischen Mehrheiten für ihre Entscheide anklagen. Andererseits wollen wir die Wählerinnen und Wähler darauf aufmerksam machen, wie die bürgerliche Mehrheit den Kanton Baselland kaputt spart und die Qualität unseres Service Public gefährdet. ■

Unbedingt eintreten!

Ich treffe die Kollegin Julia Klebs im «Hirschenkeck». Nicht zufällig ist eine linksalternative Genossenschaftsbeiz der Ort für unser Gespräch.



Ein Gespräch mit Julia Klebs über ihre Arbeit als Lehrerin und ihr politisches Engagement.

Von Johannes Gruber

Politisiert ist Julia Klebs seit der Anti-Globalisierungsbewegung in den 1990er Jahren. Sie erinnert sich, wie eindrücklich es für sie war, 2001 in Genua zusammen mit 200000 Menschen auf den Strassen zu demonstrieren. Ein Bewusstsein für soziale Ungleichheiten hatte sie bereits zuvor in ihrer Kindheit entwickelt, da die soziale Herkunft ihrer Eltern unterschiedlich war. Dies schärfte auch ihren Blick für soziale Unterschiede bei ihren Schülerinnen und Schülern (SuS).

Andere Realitäten

Julia ist promovierte Germanistin und ausgebildete Gymnasiallehrerin für Deutsch und Latein. Als sie ihre Tätigkeit 2016 am Gymnasium am Münsterplatz unterbrach, um ihre Dissertation abzuschliessen, gab es in Basel reformbedingt gerade kaum offene Stellen am Gymnasium. Nach verschiedenen Stellvertretungen wechselte sie schliesslich auf die Sekundarstufe I.

Julia unterrichtet seit 2017 mit einem Pensum von 50 Prozent an der Sekundarschule Bäumlihof Deutsch, Latein, Englisch und berufliche Orientierung und ist dort Klassenlehrerin innerhalb des A-Zugs¹. Es war für Julia sehr spannend, den Schulalltag an der Volksschule kennenzulernen. Viele ihrer SuS haben Migrationshintergrund und häufig weder reiche noch akademisch gebildete Eltern. In der Regel sind diese Schülerinnen und Schüler nicht intrinsisch motiviert, Bildung verstehen sie eher als Zwang denn als Chance. So ist es eine echte Herausforderung für Julia, bei ihnen Interesse für Lerninhalte zu wecken. Möglich sei dies, wenn der Unterricht an der Realität der SuS anknüpfe. Julia berichtet etwa von einer Diskussion um den Skandal der Echo-Verleihung für die Rapper Kollegah und Farid Bang, an der sich die Schülerinnen und Schüler engagiert beteiligten. Oder von der Vorführung des Kurzfilms «Bon Voyage», in dem Flüchtlinge auf der Mittelmeerroute unterwegs nach Europa sind und in Seenot geraten. In der Besprechung des Films kam es dazu, dass die Jugendlichen mit Fluchterfahrungen in der Klasse Solidaritätsbekundungen erhielten.

Am Gymnasium findet es Julia dagegen spannend, dass die SuS dort eher für Bildungsinhalte wie Literatur aufgeschlossen sind, sodass mit diesen auch intensive Textarbeit möglich ist und historische, abstrakte Themen behandelt werden können. Doch Julia hat sich erst einmal für die Sekundarstufe I entschieden. An der Sekundarschule schätzt Julia den guten Austausch und die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen sowie die Beziehung zu den SuS.

Gewerkschaftsarbeit

Julia arbeitet seit 2010 als Lehrerin und hat dieses Schuljahr erstmals einen unbefristeten Vertrag erhalten. Gerade die jungen Lehrpersonen sind von prekären Anstellungsbedingungen betroffen. Dies erschwere es für diese auch, sich an der Schule einzubringen. Julia findet, dass LehrerInnen unbedingt in die Gewerkschaft eintreten und mithelfen sollen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Vorstellung, dass auf dem Top-down-Weg schon gute Lösungen für die Probleme an den Schulen gefunden werden, sei eine Illusion: Von alleine werde es nicht besser. Im Gegenteil fänden in Kantonen wie Baselland und Luzern bereits drastische Einsparungen im Bildungsbereich statt, die die Arbeit der Lehrpersonen beeinträchtigen.

In den VPOD eingetreten ist Julia 1998, als sie eine Lehre als Bibliothekarin an der Universitätsbibliothek Basel begann. Auch nach Ende ihrer Ausbildung arbeitete sie dort bis zum Ende ihres Studiums weiter, um sich dieses zu finanzieren. Neben ihren tollen Kolleginnen und Kollegen schätzte sie an der UB besonders, dass gewerkschaftliches Engagement und Mitbestimmung als Identifikation mit dem Arbeitsplatz anerkannt wurde.

Ambivalenzen der Bildung

Für das Studium der Germanistik und Latinistik entschied sich Julia aus intellektueller Begeisterung. Sie schloss dieses mit einer Dissertation mit dem Titel «Der Raub der Proserpina. Kultur- und Geschlechtergeschichte einer mythischen Konfiguration» ab. Den Lebensabschnitt, in dem sie diese verfasste, bezeichnet sie als «Zeit der ultimativen Freiheit», in der sie ihren Interessen nachgehen konnte. Wichtig an ihrer Forschungsarbeit war Julia insbesondere ein feministischer Zugang. Die intellektuelle Vertiefung in politische Themen schätzt sie, so arbeitet sie derzeit auch in der Redaktion der Zeitschrift «Widerspruch» mit.

Besonders beschäftigt sie, als kritische Reflexion ihrer eigenen Arbeit, auch der ambivalente Charakter von Bildung. Während diese grundsätzlich nicht nur die Möglichkeit bietet, unsere Welt besser zu verstehen, sondern auch emanzipatorisch zu verändern, sei deren gesellschaftliche Funktion heute vor allem, sich im Konkurrenzkampf um attraktive Stellen durchzusetzen und so gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Wenn man wirklich eine möglichst gute Bildung für alle will, müssen wir, so Julia, auch Verständnis und Funktion von Bildung in unserer Gesellschaft verändern. Auch dies ist eine Aufgabe gewerkschaftlichen Engagements. ■

¹ Die Sek 1 ist in BS dreigliedrig: Im P-Zug versammeln sich die leistungsstärkeren SuS, im E-Zug die mittleren, im A-Zug die leistungsschwächeren.